

Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung am 3.5.1974 in Würzburg

Beginn: gegen 19.00 Uhr

Schluß: gegen 22.30 Uhr

Teilnehmer: Herren Schneider, Kinzel, Goßner, Reiber, Nöttger, Diel, Schwarzmüller, Kadesreuther, Dr. Schmidt und Frau Grzeskowiak (DSB-Präsidium), Herren Mallée (DSJ), Weber (Baden), Thiermann (Bayern), Burger (Berlin), Alscher (Hamburg), Dr. v. Freyberg (Hessen), Roth (Mittelrhein), Aßmann (Niedersachsen), Hülsmann (Nordrhein-Westfalen), Schneider (Saarland), Dr. Steen (Schleswig-Holstein), Scotland (Weser-Ems), Scholz (Württemberg-Hohenzollern), Blumhagen, Glenz, Hohlfeld, Kasper, Kaufmann, Klotz, Martini, Munz, Peters, Reiser, Schmidt, Voll und Weiß (Gäste)
Entschuldigt fehlte: Herr Schmid (DSB-Präsidium)

DSB-Präsident Schneider eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des erweiterten Vorstands und die Gäste.

1. Deutscher Sportbund - Landessportverbände

Schneider berichtet über die Verhandlungen, die er zwischenzeitlich gemäß dem ihm in München beim a.o. Bundeskongreß Mitte Januar erteilten Auftrag geführt habe.

In Bonn sei er mit dem erweiterten Vorstand des Schachverbandes Mittelrhein zusammengekommen, der seinem Vorschlag zugestimmt habe, zusammen mit den Nachbarverbänden Hessen, Pfalz und NRW zu beraten, wie der Verband Mittelrhein in diesen Nachbarverbänden aufgehen solle.

In Neustadt habe er (Schneider) zusammen mit Goßner mit dem erweiterten Vorstand des Schachbundes Rheinland-Pfalz konferiert. Dabei habe sich gezeigt, daß der gesamte erweiterte Vorstand von den Aktionen seines 1. Vorsitzenden Schwind, die beim a.o. Kongreß in München im Mittelpunkt der Beratungen gestanden haben, nichts gewußt habe. Der erweiterte Vorstand des Schachbundes Rheinland-Pfalz habe Verständnis gezeigt für die Beschlüsse des a.o. DSB-Kongresses.

In Mainz habe er mit Vertretern der Landesverbände Mittelrhein, Pfalz, Hessen und NRW getagt. Hinsichtlich der Forderung "Landesverbandsgrenzen = Landesgrenzen" seien dabei gute Übereinkünfte erzielt worden, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Aufteilung des Mittelrheingebietes, dessen nördlicher Teil politisch zu NRW und dessen südlicher Teil zu Rheinland-Pfalz gehöre. Deshalb sei auch in Mainz ein Treffen zwischen NRW und Mittelrhein vereinbart worden.

Hülsmann berichtet, daß dieses Treffen inzwischen stattgefunden habe. In einer freundschaftlichen Aussprache sei vereinbart worden, ab 1.1.75 eine Arbeitsgemeinschaft zwecks Überleitung des nördlichen Mittelrheingebietes auf den Schachbund NRW einzurichten und ab 1.1.77 die endgültige Lösung herbeizuführen.

Schneider lobt in diesem Zusammenhang die Haltung des Mittelrheinvorstands und dessen aktive Mitarbeit an der Lösung des Problems.

Zur Bereinigung der Verbandsgebiete zwischen Niedersachsen und Weser-Ems äußert Schneider, daß der Spielverkehr hierunter nicht zu leiden brauche. Man könne z.B. eine große Spielgemeinschaft beider Verbände bilden. Schwierigkeiten mache jedoch die Aufnahme des Landesverbandes Niedersachsen in den dortigen Landessportverband, da sich letzterer mit aller Macht dagegen sträube. Sein Vorsitzender habe geäußert, daß ihn die Satzung des Deutschen Sportbundes nicht interessiere und für ihn die Satzung seines Landessportverbandes ausschlaggebend sei. Hierzu verliert Schneider einen Leserbrief aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, in dem ein Judo-Funktionär und aktiver Leichtathlet die Weigerung des Niedersächsischen Landessportverbandes und dessen Vorsitzenden mit Witz und Ironie durch den Kakao gezogen hat.

Zur angestrebten Aufnahme der Landesverbände Hessen und Baden in die dortigen Landessportverbände äußert Schneider, daß eine Aufnahme als Anschlußverband nicht optimal sei, daß die Landesschachverbände vielmehr das Recht haben, als Vollverband aufgenommen zu werden, und dies auch verlangen sollen. Mit dem Bundesinnenministerium werde nämlich z.Zt. über die Ausschüttung beträchtlicher Mittel für den Breitensport verhandelt, und es sei zu erwarten, daß man Anschlußverbände an solchen Mitteln nicht oder nur mäßig partizipieren lasse. Ferner werde jetzt teilweise auch schon von der Seite der Landessportverbände gefordert, daß die Landesschachverbände ihnen beizutreten haben, was in letzter Konsequenz sogar zu Schiedsgerichtsverfahren der Landessportverbände gegen den DSB führen könne.

Dr. v.Freyberg berichtet über ein Gespräch mit dem Geschäftsführer des Hessischen Landessportbundes Meyer. Meyer habe geäußert, daß ein Aufnahmeantrag des Hessischen Schachverbandes möglicherweise beim Hessischen Landessportbund positiv beschieden werde, jedoch empfohlen, neben dem Antrag auf Aufnahme als Vollverband hilfsweise einen Antrag auf Aufnahme als Anschlußverband zu stellen. Ferner sei Meyer der Auffassung gewesen, daß der DSportB die Landessportverbände nicht zwingen könne und auch von seiner Satzung her nicht zwingen, die Landesschachverbände aufzunehmen. Weber bemerkt, daß dies auch die Auffassung des Landessportverbandes in Baden sei.

Dr. v.Freyberg berichtet weiter, daß der Kongreß des Hessischen Schachverbandes nicht bereit gewesen sei, einen Aufnahme-Doppelantrag gemäß den Vorstellungen Meyers zu befürworten, und in dieser Angelegenheit noch keinen Beschluß gefaßt habe. Aus allem sei zu folgern, daß eine Aufnahme des Hessischen Schachverbandes durchaus nicht sicher sei. Schneider bemerkt zu den Auffassungen der Landessportverbände in Hessen und Baden, daß der § 5 Abs. 2 der DSdB-Satzung eine ganz eindeutige Sprache spreche und die Landessportverbände verpflichte. Goßner empfiehlt, unbedingt die Vollmitgliedschaft anzustreben und zu verlangen, da Anschlußverbände kaum finanzielle Vorteile haben. Auch er prophezeit eine Umkehrbewegung, daß nämlich in naher Zukunft die Landessportverbände die Landesschachverbände zum Beitritt zwingen werden. Weber betont noch einmal, daß der Landessportbund in Baden bei einer Unterredung die Auffassung betont habe, der DSdB könne ihn nicht bevormunden. Weber will den Verlauf dieser Unterredung schriftlich skizzieren und Schneider zusenden. Ferner müsse überlegt werden, ob der Beitritt nicht für den Badischen Schachverband zu einem finanziellen Minusgeschäft werde. Außerdem seien die Verhältnisse zwischen den Landessportverbänden in Baden-Württemberg noch nicht endgültig geregelt, so daß sich möglicherweise doch zunächst eine Aufnahme als Anschlußverband empfehlen könne.

Schneider betont noch einmal, daß die Satzung des DSdB vorschreibe, daß die Spitzenverbände auch in den Landessportverbänden organisatorisch vertreten sein müssen, und daß diese Vorschrift für die Landessportverbände verbindlich sei. So werde es im Schiedsgerichtsverfahren in Bayern voraussichtlich zu dem Vergleichsvorschlag kommen, daß sich der Schachverband Bayern auflöst und dem Bayerischen Schachbund anschließt. Das finanzielle Risiko solcher Schiedsgerichtsverfahren dürfe der DSB notfalls nicht scheuen.

Dr. v.Freyberg kommt zu dem Ergebnis, daß ein Beitritt des Hessischen Schachverbandes zum dortigen Landessportverband finanziell zwar ein Minus von ca. DM 2.000,-- jährlich einbringe, an dem aber das Stellen eines Aufnahmeantrags nach Auffassung seines Verbandes nicht scheitern solle. Hülsmann bezweifelt die Gültigkeit einer solchen Rechnung, da die künftigen Mittelzuflüsse, das habe der Schachbund NRW im Laufe der Zeit festgestellt, noch gar nicht von vornherein abzuschätzen seien. Auch Goßner bemerkt, man komme erst nach und nach dahinter, welche verschiedenen Kanäle mit Erfolg angezapft werden können.

Auf Nöttgers Frage, ob die Forderung der DSpB-Satzung, in den Landes-sportverbänden organisatorisch vertreten zu sein, nicht auch von An-schlußverbänden erfüllt werde, antwortet Schneider, daß die DSpB-Satzung diese Forderung ausdrücklich für Spitzenverbände, nicht aber für An-schlußverbände aufstelle.

Weber und Dr. v. Freyberg betonen, daß ihre Landesverbände zum Beitritt als Vollmitglied bereit seien, wenn eindeutig geklärt sei, daß die DSpB-Satzung die Landessportverbände zwingt, die Landesschachverbände als Vollmitglieder aufzunehmen.

Kadesreuther bemerkt, daß die Sportart Schach ohnehin gar nicht in den Kreis der Betätigungsfelder der Anschlußorganisationen passe.

Schneider stellt die neue Anstecknadel des DSB vor, deren Selbstkostenpreis knapp unter DM 5,-- liege. Er kündigt an, daß die Nadel bei Sam-melbestellungen von Vereinen zum Preis von DM 5,-- und bei Einzelbestel-lungen zu DM 10,-- abgegeben werde.

Kinzel erbittet das Wort zu einer persönlichen Bemerkung zu seinem Rück-trittsschreiben. Er habe bei Abfassung dieses Schreibens eine auße-röhnliche berufliche Belastung auf sich zukommen sehen, die die Mög-lichkeiten seiner Aktivitäten für den DSB drastisch beschränke. Zwischen-zeitlich habe er nun in Hannover ein Gespräch mit Schneider gehabt mit dem Ergebnis, daß er (Kinzel) nicht die Betreuung der deutschen Mann-schaft in Nizza zu übernehmen, nicht für ein FIDE-Amt zu kandidieren und sich in den nächsten zwei Jahren auch im DSB nur relativ wenig zu engagieren brauche. Er ziehe deshalb sein Schreiben insofern zurück und sei wieder zu einer Kandidatur für das Amt des 1. Vizepräsidenten bereit.

2. Vorbereitung des Bundeskongresses

Auf Vorschlag von Schneider werden die an den Kongreß gerichteten Anträ-ge vorbesprochen.

2.1 Antrag Deutscher Blindenschachbund (Zuschußerhöhung)

Schneider führt hierzu aus, daß dieser Antrag besser schon bei Auf-stellung des Etats vorgelegen hätte, da er in die Etatplanungen hät-te einfließen müssen. Der Kongreß sei für diesen Antrag nicht das geeignete Gremium. Das DSB-Präsidium habe bereits beschlossen, DM 500,-- mehr als im Etatvoranschlag ausgewiesen dem Deutschen Blindenschachbund als Zuschuß zu bewilligen.

Im erweiterten Vorstand erhebt sich hierzu kein Widerspruch.

2.2 Antrag Hamburger Schachverband (Pachman)

Alscher erläutert den Hamburger Antrag: Es solle keine "lex Pachman" durch eine Turnierordnungsänderung geschaffen werden. Vielmehr solle Pachman zur DEM zugelassen werden, weil er eine Bereicherung des deutschen Schachs darstelle.

Hülsmann bemerkt, Pachman sei NRW-Spieler und ein entsprechender An-trag habe auch im NRW-Kongreß zur Debatte gestanden. Der NRW-Kongreß sei der Empfehlung des NRW-Spielausschusses gefolgt, beim DSB-Kon-greß keine Ausnahmegenehmigung für Pachman als Präzedenzfall anzu-streben, nachdem die DSB-Turnierordnung seine Zulassung zur DEM aus-schließe.

Schneider unterstreicht, daß die Turnierordnung für das DSB-Präsi-di-um bindend sei, nach der an der DEM nur Spieler teilnehmen können, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder seit mindestens fünf Jahren ihren Hauptwohnsitz in der Bundesrepublik haben. Der Staatenlosen-Passus beziehe sich eindeutig nur auf die DMM, was den Landesverbandsvorsitzenden eigentlich bekannt sein sollte, und könne für die DEM nicht herangezogen werden. Der Begriff des "Staatenlosen" sei allerdings den deutschen Gesetzen, die sich mit Ausländerproble-men befassen, nicht bekannt, weshalb er (Schneider) auch einen Ände-rungsantrag gestellt habe.

Hülsmann erwähnt, daß Pachman die Möglichkeit habe, zunächst an den Einzelmeisterschaften in NRW teilzunehmen, die er aber nicht wahrnehme. Alscher bemerkt, nach seinem Eindruck habe Schneider eine persönliche Aversion gegen Pachman.

Schneider weist dies zurück und stellt fest, daß er im Gegenteil trotz etlicher kaum tragbarer Formulierungen in Pachmans Briefen sehr kurz getreten habe. Pachman habe bereits in Holland, wo er zunächst eine Aufenthaltsgenehmigung angestrebt habe, ähnlichen Wirbel verursacht. Der Niederländische Schachverband habe Pachmans Antrag nicht unterstützt. Zur Frage einer eventuellen Einbürgerung Pachmans bemerkt Schneider, daß Pachmans Äußerungen in der Vergangenheit - auch schon in Holland - dies auszuschließen scheinen. Allerdings habe Pachman zwischenzeitlich beim Generalsekretär des Deutschen Sportbundes, Gieseler, vorgesprochen und anschließend an den 1. Vorsitzenden des Schachbundes NRW, Hülsmann, geschrieben, Gieseler habe erklärt, der DSportB werde ihm (Pachman) bei seinem Einbürgerungsersuchen helfen und die Einbürgerung schnellstens für ihn erreichen können. Gieseler habe sich jedoch inzwischen dagegen verwahrt, derartige Zusagen gemacht zu haben, und Pachman auf den Dienstweg für Einbürgerungsanträge verwiesen. Pachman habe am 24.3.74 an Hülsmann geschrieben, daß er im April einen Antrag auf Einbürgerung stellen wolle. Allerdings habe er einmal in den Niederlanden geäußert, daß er keinen Einbürgerungsantrag stellen wolle, weil er in die CSSR zurückzukehren beabsichtige, doch liege diese Äußerung schon einige Zeit zurück. Es sei nicht bekannt, ob der Antrag von Pachman inzwischen gestellt worden sei.

Schneider fordert, daß unbedingt noch einmal klargestellt werden müsse, daß der Staatenlosen-Passus in der Turnierordnung nur für die Mannschaftskämpfe gelte.

Nöttger fordert eine Klarstellung des Staatenlosenbegriffs an sich. Voll bemerkt hierzu, daß der Schachbund NRW bei seiner seinerzeitigen Antragstellung an die Inhaber des Internationalen Fremdenpasses mit unbeschränkter Aufenthaltsgenehmigung gedacht habe.

Nöttger bemerkt, Pachman hätte nur dann an der DEM teilnehmen können, wenn a) ein Antrag auf Turnierordnungsänderung gestellt worden wäre, b) der DSB-Kongreß einem solchen Antrag zustimmen würde, c) für Pachman bis zum 1.5.74 ein Freiplatz beantragt worden wäre, d) der DSB-Spielausschuß Pachman für einen Freiplatz empfehlen und e) der DSB-Präsident einen Freiplatz an ihn vergeben würde. Es fehle an diesen Voraussetzungen für eine Teilnahme Pachmans an der DEM.

Kinzel bemerkt, daß der Antrags Hamburg so nicht diskutierbar und zu verwirklichen sei, wie man ihn gestellt habe.

Diel hält Pachman weder für einen Staatenlosen noch einen Flüchtling, da er seines Wissens aus der CSSR ausgewiesen worden sei, aber noch den Paß der CSSR besitze.

Dr. v.Freyberg meint, daß das Problem, ob Pachman Staatenloser, Flüchtling oder Ausgewiesener sei, **ausgeklammert** werden könne, da der Antrag ohnehin abgelehnt werden müsse, da er nicht zu verwirklichen sei.

Weber stimmt dem zu, fragt aber, ob Pachman nicht eventuell zur IDM eingeladen werden könne.

Schneider bemerkt, daß eine solche Möglichkeit theoretisch bestehe, der DSB aber berücksichtigen müsse, ob zu befürchten sei, daß die IDM von den starken Ostblockspielern bei Teilnahme Pachmans boykottiert werde und dadurch zu einer Farce werden könne. Immerhin habe auch der Stadt Mannheim schon jetzt die Teilnahme bestimmter Nationen an der IDM 1975 zugesagt werden müssen. Eventuell sei auch die Absage der UdSSR für den geplanten Länderkampf gegen die BRD von der Befürchtung diktiert gewesen, Pachman könne in der deutschen Mannschaft zum Einsatz kommen.

Schneider führt weiter aus, daß bei der FIDE demnächst erst noch die Frage geklärt werde, ob eine Nation einen Ausländer oder einen Staatenlosen zu den Zonenturnieren melden dürfe. Es sei deshalb Unsinn, wenn behauptet werde, er bzw. der DSB wolle Pachman den Weg in die Zonenturniere verbauen und ihn deshalb nicht zur DEM zulassen.

Schneider bemerkt aber, daß ohnehin die Erstplatzierten der DEM Priorität genießen müssen, wenn es um die Entsendung zu den Zonenturnieren gehe. Pachman könne sicher eher auf "kaltem Wege" als durch "heißen Geschrei" geholfen werden, wenn er wieder schachliche Begegnungen mit Ostblockspielern erreichen wolle. Möglichkeiten biete zunächst das internationale Turnier im Juli in Solingen, an dem eventuell auch erstmalig wieder Einzelspieler der DDR, die in Absprache mit dem Solinger Vereinsvorsitzenden Evertz eingeladen worden seien, teilnehmen werden, später dann der in Aussicht genommene Europapokalwettbewerb für Vereinsmannschaften. Dr. v. Freyberg schlägt vor, daß Schneider seinen Antrag auf Streichung des Staatenlosen-Passus nicht weiter verfolgen solle. Schneider und Nöttger regen an, daß dieser Passus aber statt unter Punkt 1.2 der Turnierordnung besser unter Punkt 5. (Turnierordnung für die Bundesliga) eingeordnet werden solle, um klar zum Ausdruck zu bringen, daß er nur für die Deutsche Mannschaftsmeisterschaft gelte. Hierzu ergibt sich allgemeine Zustimmung.

Diel gibt an dieser Stelle das für den freien Tag (4.5.74) vorgesehene Programm bekannt.

2.3 Antrag Goßner (Satzungsänderung)

Goßner kündigt an, daß er seinen Antrag dahingehend abändern möchte, daß der "Referent für Schulschach" ersetzt werden solle durch einen "Referenten für Führungsfragen und Ausbildung", nicht "Ausbildung und Schulung", wie ursprünglich bei der Antragstellung formuliert, da auch der DSportB den Terminus "Referent für Führungsfragen und Ausbildung" verwende.

Der für dieses Amt Gewählte solle sich auf der Ebene des DSB vornehmlich mit der wichtigen Aufgabe einer Ausbildung von Funktionären befassen. Als Teilgebiete eines Schulungskatalogs für Funktionäre nennt Goßner beispielhaft Spielleitung, Finanzen, Pressearbeit, Repräsentation, Ingo/Elo u.a. Einmal jährlich sei eine Schulung für die Lehrkörper der Landesverbände durch den DSB wünschenswert.

Im erweiterten Vorstand des DSB ergibt sich allgemeine Zustimmung zu Goßners Antrag in der Formulierung "Referent für Führungsfragen und Ausbildung".

Weber fragt an, wer an der Deutschen Schülermeisterschaft teilnehmen dürfe, ob nur Vereinsmitglieder oder auch vereinslose Mitglieder von Schulschachgruppen. Mallée erläutert, daß bis zu 15jährige Mitglieder der Landesverbände zugelassen seien, soweit für sie Beiträge an den DSB abgeführt werden. Hülsmann kündigt in diesem Zusammenhang an, daß er die Frage von Schülerbeiträgen im Kongreß anschnitten werde.

Schneider führt aus, daß die Einstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers wohl zum 1.1.75 klappen werde. Bisher sei vom Bundesinnenministerium bereits ein Gehalt von DM 25.000,-- samt Nebenkosten als Anteil des Bundes zugesagt worden. Der Bundesanteil müsse jedoch noch um mindestens DM 10.000,-- aufgestockt werden, weshalb er (Schneider) weiterhin verhandeln werde. In der Frage der Anstellung eines Bundestrainers werde vielleicht zum 1.1.76 etwas zu machen sein.

2.4 Antrag Grzeskowiak (Internationale Deutsche Damenmeisterschaft)

Frau Grzeskowiak unterstreicht nachdrücklich die Notwendigkeit, ein solches Turnier einzurichten, da die DSB-Spielerinnen auf die Dauer nur mit weiteren Einladungen aus dem Ausland rechnen können, wenn der DSB auch hin und wieder Gegeneinladungen ausspreche.

Schneider schlägt vor, zugunsten einer Internationalen Deutschen Damenmeisterschaft aber das Offene Deutsche Damenturnier abzuschaffen. Frau Grzeskowiak weist jedoch darauf hin, daß die dem DSB für das Offene Damenturnier entstehenden Kosten sehr gering seien, das Turnier ohnehin nur alle zwei Jahre stattfinde und sich in der Vergangenheit außerordentlich bewährt habe.

Dr. v. Freyberg und Mallée betonen die hervorragende Bedeutung des Offenen Damenturniers für die Förderung des weiblichen Nachwuchses, die die DSJ gerade erst verstärkt in Angriff genommen habe.

Hülsmann schneidet die Frage der Kosten einer Internationalen Deutschen Damenmeisterschaft an. Schneider schlägt deshalb vor, daß Schwarzlmüller die Kosten noch vor dem Kongreß überschlägig errechnet und dadurch dem Kongreß eine bessere Entscheidungsgrundlage liefert.

2.5 Anträge Kadesreuther (Satzungs- und Turnierordnungsänderungen)

Kadesreuther erläutert, daß er in Anpassung an Goßners Antragstellung nun seine Anträge 1) und 2) dahingehend modifiziere, daß der Referent für Schulschach völlig aus der DSB-Satzung gestrichen werden solle samt allen Bezugnahmen auf ihn.

Zu diesen modifizierten Anträgen Kadesreuthers ergibt sich ebenso wie zu seinem Antrag 3) im erweiterten Vorstand allgemeine Zustimmung.

2.6 Antrag Glenz (Ingo-Elo-Zentrale)

Glenz macht Ausführungen zu der Bedeutung der Ingo-Wertung und zu den beantragten Ordnungsbestimmungen für die Ingo-Elo-Zentrale, die allgemeine Zustimmung finden.

2.7 Anträge Schneider (Turnierordnungsänderung Punkt 1.2; Spielerpaß)

Schneider betont, daß er seine Anträge, die die Deutsche Mannschaftsmeisterschaft betreffen, bewußt überspitzt und provozierend gestellt habe. Es müsse seiner Meinung nach aber zumindest sichergestellt werden, daß Ausländer, die bei der Deutschen Mannschaftsmeisterschaft mitwirken, ihren Hauptwohnsitz in der Bundesrepublik oder in Westberlin haben. Fälle, wie sie Kavalek oder ein eventuell für einen Berliner Verein verpflichteter Larsen darstellen, seien auszuschließen.

DSB-Spielerpässe, die auch für die Oberligen der Landesverbände verbindlich vorgeschrieben werden sollen, seien vermutlich geeignet, derartige Auswüchse vermeiden zu helfen. Er (Schneider) sei sich einig, daß der anstehende Kongreß das Problem noch nicht abschließend lösen könne. Es müsse aber der Öffentlichkeit bekannt werden, daß sich der DSB-Kongreß eingehend mit diesen Fragen befaßt habe.

Voll fragt nach der Ansicht des DSB-Turnierleiters zu Schneiders Anträgen.

Nöttger antwortet, daß er eine Verabschiedung des "100-Kilometer-Antrags" nicht für wünschenswert halte, da einerseits kaum Kontrollmöglichkeiten zuverlässiger Art bestehen, andererseits auch eine Konzentration der Kräfte in den Bundesligavereinen aus der Sicht des DSB sogar erwünscht sein müsse. Zum "Ausländer-Antrag" Schneiders äußert Nöttger, es sei erstrebenswert, daß Ausländer nur dann in der Deutschen Mannschaftsmeisterschaft mitspielen dürfen, wenn in der BRD oder in Westberlin der Mittelpunkt ihres Lebensinteresses liege, wie dies z.B. bei O'Kelly und bei in Göttingen studierenden Isländern der Fall sei.

gez. Ludwig Schneider
(DSB-Präsident)

gez. Ralph Mallée
(Protokollführer)